



Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

### 143.

#### **Einfacher Bebauungsplan „Innenstadt Tiengen“: Satzungsbeschluss**

Herr Beck erläutert das Ergebnis der Vorberatung im Bau- und Umweltausschuss.

Der Empfehlungsbeschluss wurde mit großer Mehrheit beschlossen.

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt den einfachen Bebauungsplan „Innenstadt Tiengen“ im vereinfachten Verfahren nach § 10 BauGB als Satzung. Nach dem Bebauungsplan sind Schank- und Speisewirtschaften nur im Wege der Ausnahme zulässig; Vergnügungsstätten sind unzulässig.

Der beigefügte Abgrenzungsplan, die Satzung und die Begründung sind Bestandteile des Beschlusses.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmiger Beschluss

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

### 144.

#### **Neuregelung der Kindergartengebühren: Beschluss**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde bereits im Verwaltungs- und Sozialausschuss vorberaten. Auf Anregung der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen schlägt der Ausschuss vor, dass Familien mit niedrigem Einkommen, die beim Landratsamt Waldshut einen Antrag auf Übernahme der Kindergartengebühren gestellt haben und deren Antrag abgelehnt wurde, sollten seitens der Stadt eine Ermäßigung von 10 % erhalten, wenn die Bemessungsgrenzen des Landratsamtes nur knapp überschritten werden.

Stadtrat Paul Albiez-Kaiser erklärt dazu, dass Eltern mit niedrigem Einkommen weniger zahlen sollten als Eltern mit höherem Einkommen; daher werde man so nicht zustimmen.

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt der Neuregelung der Kindergartengebühren zum 01.01.2010 zu. In einem zweiten Schritt werden die Gebühren zum 01.01.2011 der Kostenentwicklung angepasst und entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung erhöht. Die Kindergartenordnung für die städtischen Einrichtungen wird entsprechend angepasst.

Von 01.01.2010 bis 31.12.2010 erhalten einkommensschwache Familien Rabatt von 15% auf die Kindergartengebühr, wenn ihr Einkommen die vom Landratsamt zugrunde gelegte Einkommensgrenze um bis zu 10% übersteigt. In die Kindergartenordnung für die städtischen Einrichtungen wird ein entsprechender Passus aufgenommen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

21 Ja-Stimmen

2 Nein-Stimmen

**Zentrenkonzept:****Anhörung der IHK; Beschluss über weiteres Vorgehen**

Herr Oberbürgermeister Albers begrüßt Herrn Paganini von der IHK Hochrhein-Bodensee. Herr Albers erklärt, dass die Anhörung aus dem Stadtentwicklungsausschuss fortgesetzt werden soll.

Vor Beginn der Beratung müsse noch über die Befangenheit von zwei Stadträtinnen beraten werden. Offenkundig sei, dass Stadträtin Ulrike Holzwarth befangen ist.

Nach Ansicht von Oberbürgermeister Albers ist auch Stadträtin Claudia Hecht befangen, da sie beim Kaufhaus May beschäftigt ist und diesem aus einer Entscheidung über die Sortimentsliste ein unmittelbarer Vorteil bzw. Nachteil entstehen kann.

**Der Gemeinderat stellt mit 15 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen die Befangenheit von Frau Hecht fest.****Frau Hecht und Frau Holzwarth begeben sich in den Zuhörerraum.**

Herr Paganini erinnert zunächst an das bestehende Zentrenkonzept und sagt, dass die Sortimentsliste eine Feinjustierung ist, die sich aus dem Zentrenkonzept ableite. Der Status des Konzeptes aus dem Jahre 1997 besteht nach wie vor. Der Gemeinderat ist nicht gut beraten, wenn die Sortimentsliste entsprechend der BBE Vorschläge geändert werde.

Herr Paganini vertritt die Ansicht, dass auch Sortimente, die nicht im Innenstadtbereich vorkommen, trotzdem in der Sortimentsliste belassen werden können und auch sollten. Nach Ansicht von Herrn Paganini war es ein Fehler, dass die Firma Hettler die Innenstadt seinerzeit verlassen durfte. Dies wäre bei Vorhandensein eines Zentrenkonzeptes nicht geschehen.

OB Albers wirft die Frage auf, wo in den Innenstädten so eine benötigte Fläche zur Verfügung stehe. Herr Paganini ist der Meinung, dass hier Geduld von Nöten ist. Beim Lago in Konstanz habe es 13, 14 Jahre gedauert. Laut Herrn Paganini sind im Stadtteil Tiengen solche Möglichkeiten durchaus vorhanden.

OB Albers fasst die Auffassung von Herrn Paganini dahin zusammen, dass aufgrund der vorgenommenen Modifikationen der BBE Freiburg die Sortimentsliste nicht geändert werden sollte und man strikt die eingeschlagene Richtung beibehalten sollte. Artikel der Elektrobranche müssten auch in Zukunft innenstadtrelevant bleiben. Ein nochmaliges Gutachten sollte in Auftrag gegeben werden.

OB Albers fragt Herrn Paganini, ob man seiner Meinung nach Zoofachmärkten die Möglichkeit geben solle, sich außerhalb anzusiedeln. Herr Paganini antwortet, dass dies vorstellbar sei. Der bestehende Fachmarkt „Fressnapf“ befindet sich bereits außerhalb; hier wird ein nicht typisches Innenstadtsortiment verkauft wie z.B. große, schwere Aquarien, die in Geschößbauten in den Innenstädten wegen mangelhafter Statik oftmals gar nicht verkauft werden könnten.

Stadtrat Helmut Maier weist auf Möbelhäuser hin, die auch innenstadtrelevante Artikel verkaufen. Herr Maier erklärt, dass es die Stadt nicht weiter bringe, wenn alles verhindert werde. Herr Maier denkt in diesem Zusammenhang an den Parkplatz B34 im Stadtteil Tiengen. Ein Investor müsste gefunden werden, was eine intensive Werbung voraussetzen würde.

Stadträtin Sylvia Döbele erwidert, dass eine Nichtzulassung eines weiteren Elektrofachmarktes der freien Marktwirtschaft widerspreche. Frau Döbele sieht keinen Unterschied zwischen dem Angebot von Aquarien bzw. großen Elektrogeräten bezüglich deren Gewicht.

Stadtrat Harald Würtenberger ist der Ansicht, dass die Politik einen Rahmen schaffen müsse, in dem Konkurrenz möglich ist.

Oberbürgermeister Albers schlägt dem Gemeinderat vor, ihm noch eine gewisse Zeit einzuräumen um abklären zu können, ob eventuell doch entsprechende Flächen in den Innenstädten gefunden werden können. Dies gelte sowohl für den Elektromarkt als auch für ein Zoofachgeschäft. Des Weiteren schlägt OB Albers vor, eine weitere gutachterliche Stellungnahme einzuholen.

Auf Nachfrage meint Herr Albers, dass dies innerhalb der nächsten sechs Monate geschehen müsse. Sollte sich in dieser Zeit nicht anderes ergeben, bestünde dann wohl keine andere Möglichkeit, als die Sortimentsliste entsprechend zu ändern.

Stadträtin Sylvia Döbele wirft die Frage auf, was im Falle einer Standortfindung in den Innenstädten dann mit dem ehemaligen OBI- Baumarkt geschehe.

Herr Albers erwidert, dass in diesem Falle über die Nachnutzung OBI neu nachgedacht werden muss.

OB Albers bittet das Gremium darüber zu entscheiden, ob so, wie von ihm vorgeschlagen verfahren werden soll.

**Abstimmungsergebnis:**

21 Ja-Stimmen

2 Nein-Stimmen

Die Sitzung wird für eine Pause von 20:05 Uhr bis 20:20 Uhr unterbrochen.

#### **146.**

##### **Haushalt 2010**

##### **Vorstellen des Entwurfs**

Herr Albers erläutert, dass in der heutigen Sitzung die Amtsleiter / Sachgebietsleiter kurz aufzeigen werden, um was es im Einzelnen gehe; geplant ist eine Art Rundreise durch den Haushaltsplanentwurf.

Nach Abschluss der Vorstellung des Haushaltsplanentwurfes erklärt Herr Albers, dass nun der Gemeinderat an der Reihe sei zu entscheiden, was gestrichen bzw. neu aufgenommen werden soll. Wünsche der Fraktionen sollten bis zum 7. November vorgebracht werden. Die Einzelberatung des Haushaltsplanentwurfes 2010 erfolgt am 16.11.2009.

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

#### **147.**

##### **Überplanmäßige Mittel für Straßenbau**

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage.

##### **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass die Baukosten der Baumaßnahme MOWAG-Kreisel nach heutigem Stand innerhalb des vom Gemeinderat beschlossenen Kostenrahmens liegen. Beim Bau der Verbindungsstraße im Gewerbepark traten unvorhersehbare Zusatzkosten in Höhe von ca. 80.000 € auf. Bei der Aufstellung des Haushaltsplanes 2009 sind aber auf der Haushaltsstelle MOWAG-Kreisel zu geringe Ausgaben veranschlagt worden und der Baufortschritt bei der Verbindungsstraße im

Gewerbepark macht eine Umwandlung der Verpflichtungsermächtigung in bereits in 2009 kassenwirksame Ausgaben notwendig.

Der Gemeinderat stimmt einer nachträglichen Aufnahme der im Haushaltsplan 2009 nicht vorgesehenen Ausgabe für die Kostenbeteiligung an der Anbindung des Gewerbeparks West an die B34 in Höhe von 84.400 € sowie der Erhöhung des Ansatzes um bei den Erschließungsarbeiten nicht vorhersehbaren Mehrkosten von 80.000 € zu.

Der Gemeinderat beschließt auf der Haushaltsstelle 2.6300.604 (Mowag-Kreisel) den Ansatz um 190.000 € und den Ansatz auf der Haushaltsstelle 2.6300.619 (Gewerbepark Hochrhein) um 460.000 € nachträglich zu erhöhen. Die Verpflichtungsermächtigung wird gleichzeitig um 300.000 € verringert.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmiger Beschluss

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

## 148.

### **Christliche Schule Hochrhein: Übernahme einer Bürgschaft zur Erweiterung und Bau einer Turnhalle**

Herr Albers erläutert die Sitzungsvorlage.

Stadtrat Gerd Jacobshagen spricht sich für eine grundbuchrechtliche Sicherung der Bürgschaft aus.

#### **1. Beschluss:**

Grundbuchrechtliche Absicherung der Bürgschaft für die Christlichen Schulen Hochrhein.

**Abstimmungsergebnis:** 21 Ja-Stimmen  
2 Nein-Stimmen

#### **2. Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt der Übernahme einer Bürgschaft in Höhe von max. 1,5 Mio. € zur Absicherung der Bauzuschüsse des Landes an die freie evangelische Schule Lörrach zur Erweiterung der Christlichen Schule Hochrhein zu.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmiger Beschluss

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

## 149.

### **Weihnachtsbeleuchtung: Beschluss**

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage.

Stadträtin Claudia Hecht sagt, dass die Umstellung begrüßt werde. Herr Albers erklärt, dass die Stadt Eigentümerin der Weihnachtsbeleuchtung wird. Der Werbe- und Förderkreis beteiligt sich nicht an diesen Kosten, ist aber weiterhin für das Aufhängen zuständig und trägt dort auch die Kosten. Eine rechtliche Handhabe auf Beteiligung der Geschäftsinhaber an den Kosten besteht nicht, jedoch werden die Geschäftsinhaber angeschrieben.

Stadtrat Harald Würtenberger weist darauf hin, dass auch in den nächsten Jahren erhebliche Folgekosten anfallen werden, da nach einer Auskunft der Stadt Calw die Plastiklampen nicht UV- beständig sind und vergilben. Herr Würtenberger meint, dass nur

Reparaturarbeiten vorgenommen werden sollten und die alten Lampen weiter verwendet werden sollten.

Auf Nachfrage erwidert Margit Ulrich, dass sie nach wie vor der Meinung ist, dass dies wie vorgeschlagen gemacht werden sollte, da die Kunststoffgehäuse jährlich nur für sechs Wochen der UV-Strahlung ausgesetzt sind und des weiteren Glasgehäuse wesentlich teurer sind.

Oberbürgermeister Albers schlägt vor, den Beschluss unter Vorbehalt zu fassen. Herr Albers wird sich bei der Stadt Calw erkundigen und danach entscheiden, ob den bedenken Rechnung getragen oder die Arbeiten wie vorgeschlagen vergeben werden sollten. Hiermit ist das Gremium einverstanden.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat befürwortet die Reparatur und die Umstellung der vorhandenen Weihnachtsbeleuchtung auf LED-Technik und bewilligt überplanmäßige Mittel in Höhe von 39.000 €.

**Abstimmungsergebnis:**

21 Ja-Stimmen  
2 Nein-Stimmen

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

**150.**

**Online Informationssystem Naturpark Südschwarzwald**

Der Vorsitzende bittet die Gemeinderäte sich über das Projekt im Internet zu informieren.

**151.**

**Spenden**

Oberbürgermeister Albers teilt folgende Spenden und deren Verwendungszweck mit:

Spende der Sparkasse Hochrhein an die Johann-Peter-Hebel-Schule sowie eine Sachspende der Firma Klefenz zugunsten des städtischen Kinder- und Jugendreferates.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt der Entgegennahme und Weiterleitung der Spenden wie dargestellt zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmiger Beschluss

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

**152.**

**Bekanntgaben**

**Grenzübergang Waldshut/Koblenz/**

Herr Albers gibt bekannt, dass am 05.11.2009 von der Gemeinde Koblenz die Erschließungsplanung „Grenzübergang Koblenz“ vorgestellt wird.

## 153.

### **Verschiedenes**

Oberbürgermeister informiert das Gremium über folgende Angelegenheiten:

#### **Bürgergespräch Bergstadt**

Bürgergespräch mit Bewohnern der Bergstadt am 05.11.2009

#### **Waffenbesitzer**

Alle Waffenbesitzer wurden angeschrieben

#### **Frühmessweg**

10 Stellungnahmen liegen vor. Bis auf drei lehnen alle eine Sperrung ab

#### **Übernahme von Schulkosten für Besuch der Schule in der Schweiz**

Eltern fragen, ob Stadt Schulkosten übernimmt. Sie wollen ihr Kind in die Schule nach Döttingen schicken

#### **Spielotheken und OBI-Alt**

Der Oberbürgermeister informiert darüber, dass sich ein Betreiber von Spielotheken in Waldshut-Tiengen gegen die Absicht wende, auf dem Grundstück des ehemaligen OBI-Marktes im Gewerbegebiet Kaitle weitere Spielotheken zuzulassen.

#### **Wallstraße – Rheinstraße**

Aus beiden Straßen kommt der Wunsch, dass in der Kaiserstraße Wegweiser auf die Geschäfte in den Seitenstraßen aufgestellt werden. Vertreter beider Straßen wurden zu einem Gespräch am Mittwoch 21. Oktober, 19:00 Uhr ins Rathaus Waldshut eingeladen.

#### **Weihnachtsmarkt und Wochenmarkt in Waldshut**

Wie im letzten Jahr beanstanden einige Beschicker des Wochenmarkts, dass mit ihnen im Vorfeld nicht gesprochen worden sei. Herr Albers hat den W&F gebeten, Kontakt aufzunehmen. Christian Straub hat mit dem Sprecher der Wochenmarktbeschicker telefoniert. Es wird einen gemeinsamen Termin geben: W&F, Wochenmarktbeschicker, Ordnungsamt, Feuerwehrkommandant.

## 154.

### **Fragestunde**

Es erfolgt keine Wortmeldung.

Nachdem festgestellt wird, dass kein weiterer Punkt in einer nichtöffentlichen Sitzung behandelt werden muss, schließt Oberbürgermeister Albers die Sitzung um 22:23 Uhr.